IV. Rechtsprechung

A. Bürgerliches Recht

1. BGB § 108 Abs. 2, § 182 Abs. 2 (*Genehmigung des von einem Minderjährigen abgeschlossenen Vertrages nach Eintritt der Volljährigkeit*)

Wer sich auf die Unwirksamkeit eines von ihm als Minderjährigen geschlossenen, nach Eintritt seiner Volljährigkeit von ihm genehmigten Vertrages beruft, trägt die Beweislast für seine Behauptung, sein gesetzlicher Vertreter habe vor Eintritt der Volljährigkeit die Genehmigung des Vertrages gegenüber dem anderen Vertragsteil verweigert.

BGH, Urteil vom 25.1.1989 — IVb ZR 44/88 — mitgeteilt von D. Bundschuh, Richter am BGH

Aus dem Tatbestand:

Die am 3.11.1944 geborene Ehefrau (Antragstellerin) heiratete am 27.8.1965 mit Zustimmung ihrer Mutter als gesetzlicher Vertreterin den im Jahre 1938 geborenen Ehemann (Antragsgegner), der damals als Glasermeister einen eigenen Betrieb aufbaute, in dem die Ehefrau mitarbeitete. Am 31.8.1965 schlossen die Parteien einen notariell beurkundeten Vertrag, in dem sie Gütertrennung vereinbarten. Eine Zustimmung ihrer Mutter konnte die damals noch minderjährige Ehefrau nicht erreichen. Nach Eintritt ihrer Volljährigkeit genehmigte sie am 10.11.1965 in notarieller Urkunde die von ihr im Ehevertrag vom 31.8.1965 abgegebenen Erklärungen.

Als Folgesache in dem seit 5.11.1986 rechtshängigen Scheidungsverfahren der Parteien begehrt die Ehefrau im Wege der Stufenklage Zugewinnausgleich. Sie hält die Gütertrennung nicht für wirksam vereinbart, weil ihre Mutter die Genehmigung des Ehevertrages als bald nach Vertragsschluß ausdrücklich verweigert habe.

Das Amtsgericht — Familiengericht — hat durch Teilurteil den Antrag der Ehefrau in der Folgesache Zugewinnausgleich abgewiesen. Auf die Berufung der Ehefrau hat das Oberlandesgericht das Urteil abgeändert. Ihrem Antrag, den Ehemann zu verurteilen, ihr über den Bestand seines Endvermögens am 5.11.1986 durch Vorlage eines schriftlichen Verzeichnisses und über den Wert der darin aufgeführten Vermögensgegenstände Auskunft zu erteilen und die für die Bewertung erforderlichen (im einzelnen bezeichneten) Belege vorzulegen, hat es — mit einer geringen Einschränkung — stattgegeben (das Urteil ist in FamRZ 1988, 1167 veröffentlicht).

Mit der — zugelassenen — Revision erstrebt der Ehemann die Zurückweisung der Berufung, soweit sie Erfolg hatte.

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung des Rechtsstreits an das Berufungsgericht.

Der von der Ehefrau erhobene Auskunftsanspruch kann nur aus §§ 1379, 260 BGB begründet sein. Er setzt voraus, daß für die Ehe der Parteien der gesetzliche Güterstand gilt.

1. Durch den Ehevertrag vom 31.8.1965 haben die Parteien gemäß § 1408 Abs. 1 BGB den gesetzlichen Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart. Der Vertrag ist in der gesetzlich vorgeschriebenen Form, nämlich zur Niederschrift eines Notars bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile (§ 1410 BGB), geschlossen worden.

2. Da die Ehefrau zur Zeit des Vertragsabschlusses das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, war sie nach § 2 BGB in der bis zum 31.12.1974 geltenden Fassung noch nicht volljährig, sondern nach § 106 BGB in der Geschäftsfähigkeit beschränkt. Sie konnte einen Ehevertrag daher nur mit Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters schließen (§ 1411 Abs. 1 Satz 1 BGB). Gesetzliche Vertreterin war ihre Mutter. Diese hatte in den Ehevertrag aber weder im voraus eingewilligt noch hat sie ihn später genehmigt (§ 108 Abs. 1 BGB).

3. Der Ehevertrag kann daher nur dadurch Wirksamkeit erlangt haben, daß die Ehefrau ihn am 10.11.1965 selbst genehmigt hat. Dazu war sie befugt; denn da sie inzwischen volljährig geworden war, trat nach § 108 Abs. 3 BGB ihre Genehmigung an die Stelle der Genehmigung der Mutter.

Gesetzliche Formerfordernisse stehen der Wirksamkeit ihrer Genehmigung nicht entgegen. Insbesondere bedurfte diese nicht der für den Ehevertrag in § 1410 BGB bestimmten Form. Dieser in § 182 Abs. 2 BGB allgemein niedergelegte Grundsatz gilt auch für die eigene Genehmigung des Minderjährigen nach Eintritt seiner Volljährigkeit gemäß § 108 Abs. 3 BGB (vgl. BGH Urteil vom 21.1.1980 — II ZR 153/79, LM-BGB § 108 Nr. 4 [= MittBayNot 1980, 167 = DNotZ 1981, 183]; RGRK/Krüger-Nieland BGB 12. Aufl. § 108 Rdnr. 11; Soergel/Hefermehl BGB 12. Aufl. § 108 Rdnr. 9).

4. Die Genehmigung der Ehefrau hat den Ehevertrag indessen nur dann wirksam werden lassen, wenn ihre gesetzliche Vertreterin die Genehmigung nicht zuvor bereits wirksam verweigert hatte. (*Vom Abdruck der weiteren Entscheidungsgründe zu der im Leitsatz entschiedenen Frage wird abgesehen.*)

Anmerkung der Schriftleitung:

In der vorstehenden Entscheidung geht der IVb-Zivilsenat des BGH davon aus, daß nach § 182 Abs. 2 BGB auch die Genehmigung beurkundungsbedürftiger Rechtsgeschäfte formfrei möglich ist. Der III. Zivilsenat (MittBayNot 1988, 227 f.) hat zur Genehmigung eines nach § 313 BGB formbedürftigen Rechtsgeschäfts diese Frage offengelassen (vgl. auch OLG Karlsruhe MittBayNot 1988, 170 f.).